vbob
GEWERKSCHAFT BUNDESBESCHÄFTIGTE

75 Jahre THW

7/8
mit dbb seiten

75 Jahre Hilfe für die Menschen

MAGAZIN

Juli/August 2025 • 75. Jahrgang

Ausgewählte Kreuzfahrt 2026 mit zahlreichen Livekonzerten für Sie als Leser des „DBB MAGAZIN“

CRUISE & BLUES 2026

Die exklusive Genusskreuzfahrt für alle Sinne

3 skandinavische Länder • zahlreiche Livekonzerte • 12 renommierte Musiker

7 Tage / 6 Nächte

✷ Inkl. Vollpension

✷ Inkl. umfassendes Musikprogramm

schon ab € **1.099,-** p.P. in Kat. D2

Ihr Reisecode: DBB725-BLUES

Bei dieser einmaligen Kreuzfahrt mit der MS Deutschland, dem Inbegriff der deutschen Kreuzfahrtleidenschaft, entdecken Sie auf einer außergewöhnlichen Route einige Highlights von Norwegen, Schweden, Dänemark und profitieren dabei von den langen Liegezeiten. An Bord erleben Sie ein musikalisches Potpourri der Superlative. Künstler aus USA, Deutschland, England, Italien und Finnland bieten Musik zum Anfassen und Mitmachen. Ein tolles Erlebnis auf See!

Ihr Routenverlauf

Tag	Hafen	an	ab
1	Optional buchbare Anreise *(Bahn oder Bus)*		
	Kiel, Einschiffung	-	18.00
2	Kopenhagen *(Dänemark)*	08.00	18.00
3	Lysekil *(Schweden)*	12.00	19.00
4	Oslo *(Norwegen)*	08.00	18.00
5	Skagen *(Dänemark)*	08.00	18.00
6	Erholung auf See		
7	Cuxhaven, Ausschiffung	09.00	-
	Optional buchbare Rückreise *(Bahn oder Bus)*		

Kopenhagen

Oslofjord

Ihr schwimmendes Grand Hotel MS DEUTSCHLAND

Deutschsprachiges Kreuzfahrtschiff mit elegantem Charme und nostalgischem Flair • bekannt als das originale „Traumschiff“ aus der gleichnamigen Fernsehserie • stilvolle Atmosphäre & erstklassiger Service • kleines Schiff mit ca. 400-500 Gästen • mehrere Restaurants mit kulinarischer Vielfalt • großzügiger Wellness- und Spa-Bereich • Pooldeck mit Meerblick • geschmackvolle Bars & Lounges • Kabinen mit klassischem Komfort & maritimem Flair • alle modernen Annehmlichkeiten wie TV, Klimaanlage und Safe

Ihr Reisetermin 2026

21.07. – 27.07.2026

Ihre Preise *(p.P. in €)*

✷ Limitiertes Kontingent: Frühzeitig buchen ✷

Kat.	Belegung	Deck	Preis
D2	2er Belegung innen	Glückskabine*	**1.099,-**
E2	2er Belegung innen	Steuermann	**1.239,-**
F2	2er Belegung innen	Admiral	**1.289,-**
I2	2er Belegung außen	Glückskabine*	**1.339,-**
K2	2er Belegung außen	Steuermann	**1.439,-**
M2	2er Belegung außen	Kapitän	**1.539,-**
P2	2er Belegung Superior / frz. Balkon	Kommodore	**1.739,-**
S2	2er Belegung Jun. Suite / frz. Balkon	Admiral	**2.289,-**

Preis für **Erwachsene im Zusatzbett** € 1.000,- / Kabinen mit **ausschließlicher 3er Belegung** Kat.B € 799,- / Kat. C € 999,- pro Person / Kabinen zur **Alleinbenutzung** ab € 1.939,- / Weitere **Suitenkategorien** auf Anfrage möglich.

*Kabinennummern erhalten Sie mit den Reiseunterlagen.

Bahnanreise (Hin- und Rückfahrt) zum RIW Flextarif € 190,- pro Person 2. Klasse, € 290,- pro Person 1. Klasse.

Ebenso **Busan-/rückreise mit deutschlandweitem Haustürservice** € 139,- pro Strecke möglich!

Für Sie inklusive:

- ✔ Inkl. **Live-Konzerte** an Bord mit **renommierten Blues-Musikern**
- ✔ Inkl. **musikalische Begegnungen**: Künstlergespräche & Einblicke in die Blues Welt
- ✔ Inkl. **Begrüßung** durch die **RIW Reiseleitung** & **Micha Maass** inkl. 1 Glas **Sekt**
- ✔ Inkl. **Vollpension** mit **Menüwahl** an Bord
- ✔ Inkl. **Tischwein** und **Saft des Tages** zu den Hauptmahlzeiten
- ✔ Inkl. **Frühaufsteher-** & **Langschläfer-Frühstück**
- ✔ Inkl. **Kabinenservice** mit **Frühstück** & **kleinen Gerichten**
- ✔ Inkl. **Snacks tagsüber** zu bestimmten Zeiten
- ✔ Inkl. **Captains Dinner** bzw. **Galadinner** mit festlichem Menü, **Abschiedsparty**
- ✔ Inkl. **Obstkorb** in der Kabine
- ✔ Inkl. weitere **Unterhaltungsangebote** an Bord
- ✔ Inkl. **Audio-Systeme** bei **Ausflugsteilnahme**
- ✔ Inkl. **Ein-** und **Ausschiffungsgebühren**, alle **Hafentaxen**

Deutschsprachige Ausflüge einzeln vorab oder an Bord buchbar

Kabinenbeispiel, Balkon

Jetzt anrufen ...und gleich Vorzugsangebot zur Wunschreise sichern!

Persönliche Beratung & Buchung:
06128 / 740 81 60 (MO-SO: 8-22 Uhr)
Reisecode: DBB725-BLUES

Online buchen:
www.riw-touristik.de/DBB725
Viele weitere Sonderangebote:
www.riw-touristik.de

Jetzt QR-Code scannen und mehr Informationen zur Kreuzfahrt erhalten.

RIW TOURISTIK seit 1984
Ihr Reisespezialist seit 40 Jahren.

Veranstalter: RIW Touristik GmbH, Georg-Ohm-Str. 17,65232 Taunusstein. // Reisedokumente: Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. // Diese Reise ist grundsätzlich nicht für Personen mit eingeschränkter Mobilität geeignet. // Mindestteilnehmerzahl 200 Personen. // Bei Ausfall eines Künstlers behält RIW sich vor, einen Ersatzkünstler zu stellen. Dies berechtigt den Reisenden nicht zum kostenlosen Rücktritt von der Kreuzfahrt. // Datenschutzinformationen und die ARB unter: www.arb-datenschutz.riw-touristik.de/ Der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke kann widersprochen werden (werbung@riw-touristik.de). Änderungen, Druck- und Satzfehler vorbehalten. (c) Bilder: Aki Kumar: AaronBlumenshine; Max&Veronica: Danilo Sbergia; Micha Maass und MaryBeth Müller: Uwe Arens; Michael van Merwyk: Cora Stern; Nathan James: Nathan James; RogerC. Wade: Karo Achten; RogerC. Wade & The Houserockers: Christoph Mangle; Oslofjord: Nordur Film, VisitOslo

Editorial

© Reimo Schaaf

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

es ist vollbracht, die Redaktionsverhandlungen zum Tarifabschluss vom 6. April 2025 sind zu Ende. Jetzt steht die Zahlbarmachung für die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen bevor. Wir erwarten, dass mit der Auszahlung der Septemberentgelte auch die Einarbeitung der Entgeltsteigerung durch den Tarifabschluss auf den Bankkonten ankommt. Die Dauer der Verhandlungen nach dem eigentlichen Tarifabschluss zeigt, dass die Klärung von Detailfragen zu einem solch komplexen Tarifabschluss wie 2025 im Nachgang inzwischen länger braucht. Es gilt allerdings die Absprache der rückwirkenden Zahlung ab dem Tarifabschluss.

Nachdem das nun erledigt wird, steht die nächste Herausforderung vor der Tür: die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Bundesbeamtinnen und -beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Aus Anlass meiner Besuche im Bundeskanzleramt sowie im Bundesinnenministerium habe ich die Bedeutung der zeitnahen Übertragung einerseits und die klare Ansage aus dem Kanzleramt gegenüber den Beteiligten BMI und BMF bei der Notwendigkeit auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen hinterlegt und gefordert.

Es gibt Signale, einerseits eine abschließende Lösung noch in diesem Jahr gesetzgeberisch fertig zu bekommen. Andererseits deuten sich auch bei den einzelnen Themenfeldern bereits mögliche Konflikte an. Bekannt ist aufgrund der unterschiedlichen Statusgruppen, dass Teile des Tarifabschlusses rein rechtlich gar nicht 1 : 1 übertragbar sein werden. Somit stellen sich in diesem Zusammenhang weitere Fragen, die nicht nur für diese Einkommensrunde relevant sein werden. Was geschieht mit Bestandteilen eines Tarifabschlusses, die nicht übertragbar sind? Das bleibt ein herausforderndes Feld. Gemeinsam mit unserer Dachorganisation dbb werden wir die zu klärenden Fragen jetzt angehen.

Hinzu kommt, dass es den letzten Bundesregierungen nicht gelungen ist, einen Besoldungsreformvorschlag vorzulegen, der sich mit den Vorgaben aus den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation übereinbringen lässt. Auch hierzu muss es noch in diesem Jahr einen neuen Vorschlag geben; dies habe ich auch gegenüber dem Bundesinnenminister so vorgetragen. Mir ist klar, dass der Staat für beide Projekte – Übertragung des Tarifergebnisses und amtsangemessene Alimentation – viel Geld in die Hand nehmen muss. Aber die Kolleginnen und Kollegen der Bundesverwaltung sind es wert, denn sie halten dieses Land am Laufen, auch in solchen kritischeren Lagen, wie sie uns derzeit begleiten.

Der Abschlussbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat liegt uns allen vor und liest sich wie ein Ankündigungskatalog, oftmals ohne Konkretisierung. Wir haben das ausführlich kommentiert und bleiben dazu im Austausch mit der Bundesregierung. Auch wir sehen im vbob die Notwendigkeit von Anpassungen, aber pauschale Stellenkürzungen haben noch nie zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Bundesverwaltung geführt. Sie sind beliebig, diesmal acht Prozent. Und sie werden mitten in der stärksten Phase des demografischen Wandels zu nichts anderem führen als zu zusätzlicher Belastung bei den Kolleginnen und Kollegen. Notwendige Aufgabenkritik als Argument wird zwar gesehen und akzeptiert, von Umsetzung aber keine Spur. Mit weniger Menschen mehr Aufgaben erledigen – ein merkwürdiger Ansatz. Den Rest macht dann die Digitalisierung und das neu gegründete Ministerium, da wird alles schneller und einfacher.

Das sehen und erleben die Beamtinnen und Beamten gerade in der digitalisierten Beihilfebearbeitung – teilweise berichten Mitglieder im hohen fünfstelligen Bereich –, die deutlich verlängerte Bearbeitungszeiten und unzumutbare finanzielle Belastungen über Monate nach sich zieht. Das geht so nicht, hat hoffentlich keinen Modellcharakter und das muss endlich abgestellt werden. Dazu haben wir die zuständige Behörde angeschrieben und aufgefordert, das schnell abzustellen.

Zur staatlichen Resilienz gehört auch, im Zivil- und Katastrophenschutz angemessen ausgestattet zu sein und auf diesen enorm wichtigen Einsatz für die Menschen hinzuweisen. Ich freue mich deshalb, dass wir in dieser Ausgabe das 75-jährige Bestehen des Technischen Hilfswerkes entsprechend würdigen können. Ich danke stellvertretend für die vbob Familie den THWlern für ihren großartigen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bereiten zurzeit das eigene Jubiläumsjahr 2026 vor. Der vbob wird dann 75 Jahre jung. Ich habe den Bundesinnenminister bereits zu einem Festakt eingeladen. Der vbob ist allerdings stark bei Ihnen vor Ort, wo Sie den Kolleginnen und Kollegen persönlich begegnen und ich bitte Sie bereits heute um Ihre aktive Teilnahme und Mitwirkung vor Ort im Jubiläumsjahr, denn wir alle gemeinsam sind der vbob! Wir geben Ihnen rechtzeitig Informationen zu den Planungen. Werben Sie weiter für Mitgliedschaften in unserer Solidargemeinschaft – Nähe ist unsere Stärke!

Mit besten Grüßen
Ihr

Frank Gehlen
Bundesvorsitzender

Inhalt

- 75 Jahre Technisches Hilfswerk – 75 Jahre Hilfe für die Bevölkerung 4
- Aus den Fachgruppen: Intensive Personalversammlung der Bundestagsverwaltung 8
- Kennenlerngespräch beim neuen Sprecher des Vorstandes der BImA, Prof. Dr. Alexander von Erdély 9
- FG BMWE: Weiterbildung für unsere Mitglieder 9
- Grillfest zum Kennenlernen 10
- Wir gratulieren 10
- Kommentierte Pressestimmen 12

dbb

- Nachrichten: Die Alterssicherung ist zukunftssicher 13
- Die dbb Familie trauert um Ulrich Silberbach 14
- dbb Bundeshauptvorstand: Volker Geyer ist neuer Bundesvorsitzender 16
- Interview: Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion: „Unsere Geschlossenheit macht uns stark!“ 18
- Bevölkerungsschutz: Zivil- und Katastrophenschutz: Gelebte Solidarität 20
- Standpunkt: Digitale Souveränität in Zeiten von Cyber Dominance 22
- Reportage: Technisches Hilfswerk – Ein Zahnrad im Getriebe des Zivilschutzes 24
- Online: Kritische Infrastruktur im Fadenkreuz 28
- Infrastruktur: dbb Verkehrstag 2025: Grünes Licht für die Verkehrsinfrastruktur 30
- Jugend: Jugendliche stark belastet, aber optimistisch 34
- Europa: Demokratie muss wehrhaft bleiben 42

Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** anne.hoffmann@vbob.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Titelfoto:** © gguy – stock.adobe.com.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 52,50 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,00 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32, **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 66 (dbb magazin) und Preisliste 45 (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2025. **Druckauflage dbb magazin:** 550 799 (IVW 1/2025). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

ISSN 1437-997X

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt beim Festakt zum 75. Jubiläum des THW

75 Jahre Technisches Hilfswerk – 75 Jahre Hilfe für die Bevölkerung

2025 feiert das Technische Hilfswerk (THW) sein 75-jähriges Bestehen. 75 Jahre, in denen sich die Krisen, Katastrophen und Veränderungen der weltpolitischen Lage eindrucksvoll widerspiegeln.

Im Frühsommer 1950 vereinbarte der damalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann mit Otto Lummitzsch (späterer Gründer und erster Direktor des THW), dass ein ziviler Ordnungsdienst aufgestellt werden soll. Als Geburtstag des THW gilt der 22. August 1950. Im Jahr 1953 erteilte das Bundesinnenministerium dann einen Errichtungserlass und das THW wurde eine Bundesanstalt.

2025 – das Jubiläumsjahr

Den Auftakt zu den bundesweiten Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr bildete am 17. Mai 2025 ein feierlicher Festakt in Bonn. Rund 700 Gäste aus Politik, Gesellschaft sowie den Partnerorganisationen im Zivil- und Katastrophenschutz folgten der Einladung. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Festrede von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, der das langjährige ehrenamtliche Engagement im THW würdigte: „Das THW ist seit 75 Jahren ein verlässlicher Partner an der Seite der Menschen in diesem Land. Es ist zur Stelle, um bei Katastrophen, wie etwa nach Starkregen und Hochwasser, mit seiner technischen Expertise zu helfen. Das ist nur möglich durch das Engagement der 88 000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer,

© THW/Marcel Kroker (2)

die damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Ich empfinde als Bundesinnenminister große Freude und einen tiefen Dank dafür, dass wir in Deutschland so viele Menschen haben, die sich freiwillig für das Wohl aller engagieren."

Neben Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und THW-Präsidentin Sabine Lackner sprachen außerdem der ehrenamtliche THW-Bundessprecher Wolfgang Lindmüller, Martin Gerster (MdB), Präsident der THW-Bundesvereinigung e. V., sowie Katja Dörner, die Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sendete eine Videobotschaft, in der er das Engagement des Ehrenamtes lobte.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zur 75-Jahr-Feier des THW wurde am 17. Mai 2025 der 669. THW-Ortsverband gegründet. Das THW VOST (Virtual Operations Support Team) ist eine digital vernetzte Einheit und der erste rein virtuelle Ortsverband des THW. Die Helferinnen und Helfer des VOST tragen im Einsatzfall lagerelevante Informationen online zusammen.

Die Entstehung des THW

Nach Auflösung der 1919 von Otto Lummitzsch gegründeten Technischen Nothilfe durch die Hauptsiegermächte im Jahre 1945 wurde Lummitzsch am 22. August 1950 vom damaligen Bundesminister des Innern, Gustav Heinemann, beauftragt, unter der Bezeichnung „Ziviler Ordnungsdienst" eine ähnliche Organisation für die Bundesrepublik aufzubauen. Hieraus sollte sozusagen eine Nachfolge der Technischen Nothilfe geschaffen werden. Im Oktober 1951 wurde die Bezeichnung „Technisches Hilfswerk" (THW) offiziell.

In Erinnerung an die Erfahrungen mit der Technischen Nothilfe waren die Anfangsjahre des THW unter anderem durch Konflikte mit den Arbeitnehmervertretenden gekennzeichnet. Insbesondere der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die IG Metall sahen im neu aufgestellten THW primär eine „Streikbrecher-Organisation". Somit ergibt sich eine traditionell prägende Verbindung zwischen dem THW und den Gewerkschaften.

Das THW wurde seinerzeit mit dem Auftrag gegründet, die Bevölkerung vor Kriegsauswirkungen zu schützen und die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu beseitigen. Die Notwendigkeit des nicht militärischen Schutzes der Zivilbevölkerung vor Kriegseinwirkungen und deren Beseitigung waren die hauptsächlichen Gründe für die Schaffung dieser Organisation. Mit dem gesetzlichen Auftrag wird heute direkt Bezug auf das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz genommen und damit auf die enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Aufgabenbewältigung im Verteidigungsfall. Zur Erfüllung dieser Aufgabe stellt das THW flächendeckend Einrichtungen und Einheiten auf, die aus freiwilligen Helferinnen und Helfern gebildet werden.

Der Aufbau

Die 50er-Jahre standen im Zeichen des Aufbaus des THW in den ehrenamtlich getragenen Ortsverbänden, die ein bundesweites Netz an Standorten immer enger knüpften. 1953 ging das THW bereits in seinen ersten Auslandseinsatz – eine Sturmflut in den Niederlan-

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und THW-Präsidentin Sabine Lackner beim Festakt zum 75. Jubiläum des THW

© THW

Einsatz des THW im Ahrtal 2021

den, bei der das THW unseren Nachbarn zu Hilfe eilte. Dieser Einsatz erfuhr bundesweite mediale Beachtung und führte zu einem gesteigerten Interesse der Bevölkerung an der jungen Organisation. Die – seinerzeit vornehmlich männlichen – Helferzahlen stiegen an. Über die Jahre hinweg wurde die Ausstattung des THW stetig einsatzbezogen erweitert, verbessert und modernisiert.

© THW historische Sammlung

Die 90er-Jahre des THW waren insbesondere durch den Mauerfall und das Ende des Kalten Krieges geprägt. Ortsverbände in den neuen Bundesländern kamen hinzu und das THW passte seine Struktur an, um nun bundesweit aufgestellt zu sein.

Basierend auf dem Helferrechtsgesetz (heute THW-Gesetz) Anfang 1990, wurde zum Jahreswechsel 1992/93 das THW vom damaligen Bundesamt für Zivilschutz (BZS) herausgelöst und zu einer dem Bundesinnenministerium direkt unterstellten Bundesoberbehörde verselbstständigt.

Anfang der 90er-Jahre wurde es Zeit, das bisherige THW-Konzept, welches noch auf dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968 basierte, zu überprüfen. Aufgrund der veränderten politischen und sicherheitspolitischen Situation Deutschlands seit 1989, veränderter Anforderungen an das THW bei Katastrophen- und Schadenslagen, veränderter Gefahrenlage, Haushaltsmittelknappheit und Sparvorgaben im öffentlichen Bereich und aufgrund des neuen THW-Helferrechtsgesetzes wurden entsprechende Anpassungen geprüft. Die bisherige Struktur der Ortsverbände, der Einheiten sowie Fahrzeuge und Ausstattung genügten den Anforderungen der Zukunft nicht mehr.

Der Wandel

Die Aufgaben wandelten sich weg vom Zivilschutz (alle nicht militärischen Maßnahmen, die dem Schutz der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur im Verteidigungs- oder Spannungsfall dienen) hin zur Unterstützung des Katastrophenschutzes der Bundesländer und der Kommunen. Das THW wandelte sich zur operativen Einsatzeinheit des Bundes im Katastrophenschutz im In- und Ausland und gelangte dadurch zu einer hohen Akzeptanz und Anerkennung in der Bevölkerung und weltweit.

Nachdem Russland 2014 die Krim annektierte, passte sich das THW erneut an. Das THW baute unter anderem im Zivil-

schutz seine Kompetenzen in der Notversorgung und Notinstandsetzung aus.

Über die Jahre wurden die Einsätze immer komplexer und vielfältiger, sei es im Inland oder aber auch im Ausland.

Hilfeleistungen nach Erdbeben in der Türkei, Italien oder Pakistan, nach dem Tsunami in Südostasien, nach Überschwemmungen in Myanmar oder den USA, im Rahmen der Wiederaufbauhilfe nach dem Balkankrieg, humanitäre Hilfen im Irak, weltweite Beratung und Unterstützung bei der Koordination von Hilfsmaßnahmen oder aktuell Hilfstransporte in die Ukraine. Dies sind nur wenige Beispiele für Einsätze in der langen und ereignisreichen Geschichte seit der Gründung des THW – mittlerweile in mehr als 140 Ländern. Als humanitärer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland kommt das THW der gemeinsamen globalen Verantwortung nach, Menschen in Not zu helfen.

Hier und Jetzt

Heute gehört zum gesetzlichen Auftrag des THW die technische Hilfe nach dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz, im Ausland im Auftrag der Bundesregierung, bei der Bekämpfung von Katastrophen, öffentlichen Notständen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen sowie bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Vereinbarung.

Im Inland ist das THW täglich im Einsatz. Der bis dato größte Einsatz in der THW-Geschichte folgte nach der Hochwasserkatastrophe durch Starkregen im Juli 2021 vornehmlich in Nordrhein-Westfalen und an der Ahr. Hier halfen circa 15 000 Einsatzkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet. Dabei wurden über 2,2 Millionen Einsatzstunden geleistet. Erstmals waren alle 668 ehrenamtlich getragenen Ortsverbände mit bis zu 4 000 Einsatzkräften gleichzeitig in einem Einsatz tätig. Unter anderem wurden Behelfsbrücken mit einer Gesamtlänge von mehr als 630 Metern im Schadensgebiet errichtet, die teilweise heute noch ihren Zweck erfüllen.

Heute umfasst das THW rund 88 000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in 669 Ortsverbänden mit einer zunehmenden Anzahl an weiblichen Helfern und Jugendlichen, rund 2 300 hauptamtlich Beschäftigte in der THW-Leitung, acht Landesverbände, 66 Regionalstellen, 5 Logistikzentren sowie ein Aus- und Fortbildungszentrum mit drei Ausbildungszentren. Egal, ob ehrenamtlich oder hauptamtlich, jung oder alt – alle sind als Spiegel der Gesellschaft als THW-Familie im Zahnkranz vereint.

Diejenigen, die sich für das Thema „75 Jahre THW“ interessieren, haben noch ausreichend Gelegenheit. Bereits im April ist eine 10-Euro-Sammelmünze erschienen; im August folgt eine Sonderbriefmarke. Darüber hinaus sind zahlreiche dezentrale Veranstaltungen auf Orts- und Landesverbandsebene geplant – darunter Tage der offenen Tür und Großübungen.

Michael Münz

Mit Sandsäcken werden Deiche, Dörfer und Städte gesichert.

© vbob Fachgruppe Bundestag/Bundesrat

vbob Bundesvorsitzender Frank Gehlen, FG-Vorsitzender und Personalratsmitglied Alexander Hein, DPolG-Vorsitzender Rainer Wendt, Personalratsmitglied Anja Kluger, Personalratsmitglied Andreas Klupsch, stellvertretender FG-Vorsitzender Dr. Alexander Linden und Thomas Härtel, Personalratsmitglied

Aus den Fachgruppen

Intensive Personalversammlung der Bundestagsverwaltung

„Quo vadis, Bundestagsverwaltung?“ Unter diesem Motto hat der Personalrat bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages seine Versammlung am 17. Juni 2025 gestellt.

Der historisch anmutende Titel hat einen ernsten Hintergrund: Auch die Bundestagsverwaltung ist als oberste Bundesbehörde betroffen von den Einsparvorgaben durch die schwarz-rote Koalition. Insgesamt acht Prozent Stellen sollen bis 2029 eingespart werden – 0,5 Prozent noch dieses Jahr. Das bedeutet einen Personalabbau in einer Höhe, wie es ihn bei der Bundestagsverwaltung wohl noch nicht gab. Zugleich wachsen aber die Aufgaben und Anforderungen an die Beschäftigten. So kamen in den vergangenen Jahren immer neue Bereiche und Funktionen wie der Polizeibeauftragte, die SED-Opferbeauftragte und die Bürgerräte hinzu.

Für die neue Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) war die Personalversammlung eine Premiere, ebenso für den neuen Direktor, Staatssekretär Paul Göttke (CDU). Göttke war jahrelang zur Unionsfraktion beurlaubt, bevor er nun für seine neue Aufgabe in die Bundestagsverwaltung zurückkehrte.

Für den vbob nahm der Bundesvorsitzende Frank Gehlen an der Versammlung teil. Sie stand dann auch ganz unter dem Zeichen der Einsparungen und den damit einhergehenden Strukturveränderungen. Der Personalrat und damit auch die vbob Vertreterinnen und Vertreter in dem Gremium machten deutlich, dass sie einen Stellenabbau – auch wenn niemand seinen Job verlieren soll – mehr als kritisch sehen.

Neben den Einsparungen soll zugleich die Digitalisierung vorangetrieben werden. Das bedeutet weitere Umwälzungen und Veränderungen – fast alle Arbeitsbereiche und Einheiten werden davon betroffen sein.

Frank Gehlen betonte in seiner Rede vor den Beschäftigten, dass der vbob keinerlei Verständnis dafür habe, wenn Stelleneinsparungen pauschal beschlossen werden, ohne zuvor die dahinter liegenden Aufgaben und Prozesse genau zu prüfen. Hier sei die Hausleitung gefordert, ganz genau hinzuschauen, bevor Entscheidungen getroffen werden. Er stellte sich unmissverständlich an die Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dabei machte Gehlen auch klar, dass er eine Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten erwarte – auch wenn nicht alle Elemente übertragbar seien. Er forderte ferner von der Politik, endlich die noch immer ausstehende Reform der Alimentation weiter voranzubringen. Schließlich verwies er auf einen Gesetzentwurf der Koalition zu § 80 Bundesbeamtengesetz, der sich der Beschleunigung der Beihilfebearbeitung widmet.

Zum Schluss seiner Rede bekannte sich der Bundesvorsitzende im Namen des vbob klar zum Berufsbeamtentum – das für das Funktionieren von staatlichen Aufgaben unabdingbar ist.

Der vbob wird die anstehenden Prozesse bei der Bundestagsverwaltung intensiv beobachten und kritisch begleiten. Wie wichtig das auch den Beschäftigten ist, zeigt sich nicht zuletzt an den erfreulich immer weiter steigenden Mitgliederzahlen der Fachgruppe Bundestag/Bundesrat.

A. Linden

Kennenlerngespräch beim neuen Sprecher des Vorstandes der BImA, Prof. Dr. Alexander von Erdély

Am 16. Juni 2025 trafen sich die Vertreter des vbob, an ihrer Spitze der Bundesvorsitzende Frank Gehlen, zusammen mit den Vertretern der Fachgruppe Bundesanstalt für Immobilienaufgaben e. V., Boris Burat und Lothar Hermes, in Bonn zum Kennenlerngespräch mit dem neuen Vorstandssprecher.

© Christiane Worring, BImA

Boris Burat, Lothar Hermes, Prof. Dr. Alexander von Erdély, neuer Vorstandssprecher der BImA, und Frank Gehlen

Seit dem 1. Oktober 2024 steht Alexander von Erdély an der Spitze des Vorstandes. Der diplomierte Bauingenieur, der die Verwaltung aus seiner Zeit beim Berliner Senat kennt, bringt umfassende Erfahrungen aus der Immobilienwirtschaft mit, in der er über Jahre hinweg Führungsaufgaben innehatte – zuletzt als CEO von CBRE Deutschland, einem der weltweit größten Immobiliendienstleister.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde skizzierte Herr von Erdély seine Vorstellungen von der Weiterentwicklung der Bundesanstalt. Ein wertschätzender Umgang mit den Beschäftigten, die Förderung ihrer Potenziale – darauf legt Alexander von Erdély besonderen Wert. Denn das wichtigste Kapital der Bundesanstalt, so betonte er, seien die Menschen, die dort arbeiten.

Im Gespräch unterstrich der Vorstandssprecher zudem, wie wichtig es ihm sei, die erfolgreiche Arbeit der Vergangenheit fortzuführen und zugleich neue, bislang ungenutzte Potenziale zu erschließen. Er sei in der Bundesanstalt offen empfangen worden, sagt von Erdély – und freue sich besonders über den direkten Austausch mit Kolleginnen und Kollegen auf allen Ebenen.

Der vbob Bundesvorsitzende betonte, dass mit der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ein verlässlicher Partner mit dem Anspruch an sachgerechten und damit guten Lösungen zur Verfügung stehe. Dabei bildet für den vbob die Berücksichtigung der Kompetenz der Beschäftigten ein wesentliches Element guter Lösungen. Die Beschäftigten stünden nach seiner Erfahrung gerne für Entwicklung unter eigener Beteiligung zur Verfügung. Die Unterstützung durch KI (künstliche Intelligenz) sei ebenfalls für die BImA ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die vbob Vertreter haben zugesagt, ihn bei der Umsetzung seiner Vorstellungen zu begleiten. Dabei wird der vbob die Rechte der von uns vertretenen Beschäftigten nicht aus den Augen verlieren.

Wir bedankten uns für die Zeit und das konstruktive und angenehme Gespräch.

Wir freuen uns, Prof. Dr. von Erdély zu unserer diesjährigen Fachgruppenversammlung, am 24. September 2025, zu einem Informations- und Gedankenaustausch in Bad Honnef begrüßen zu dürfen. *lh*

FG BMWE

Weiterbildung für unsere Mitglieder

Im Juni hatte die vbob Fachgruppe im BMWE (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) alle ihre Mitglieder zu zwei Veranstaltungen eingeladen, um umfassend über die aktuellen Themen rund um die Beamtenversorgung, Beihilfeleistungen und Haftungsfragen zu informieren.

Zielgruppe waren keineswegs nur Ü50-Kolleginnen und -Kollegen. Auch die Jüngeren konnten umfangreich von der Expertise der Experten profitieren.

So stand Joachim Politis, langjähriges vbob Mitglied und Bundesvertreter der Mitglieder im Ruhestand, den Teilnehmenden für Fragen zum Thema Rente und Pension ausführlich zur Verfügung.

Eine weitere Veranstaltung mit Experten der Debeka bot ebenfalls eine hervorragende Gelegenheit, sich auszutauschen und offene Fragen direkt zu klären. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Entwicklungen in der Beamtenversorgung, die Bedeutung der Beihilfe für Beamte sowie die rechtlichen Aspekte der Haftung im Dienstalltag. Es konnte anschaulich erklärt werden, wie die Beihilfe im Krankheitsfall funktioniert und welche Leistungen sie abdeckt. Zudem wurden die wichtigsten Punkte zur Absicherung im Falle von Haftungsansprüchen erläutert, um unsere Mitglieder bestmöglich auf mögliche Risiken vorzubereiten.

Die Veranstaltungen wurden von den Teilnehmenden sehr positiv aufgenommen. Viele Nachfragen zeigen, dass es durchaus einen erheblichen Informationsbedarf der Kolleginnen und Kollegen gibt, auf den die vbob Fachgruppe im BMWE mit den Veranstaltungen eingeht. Wir freuen uns auf weitere gemeinsame Veranstaltungen, um den Austausch und die Information unserer Mitglieder kontinuierlich zu fördern.

FG BMWE

Grillfest zum Kennenlernen

Die Fachgruppe 49 der HS Bund hat mit Jan Siebert einen neuen Vorsitzenden. Um dies im Haus zu kommunizieren und auch die Fachgruppe wieder präsent zu machen, wurde entschieden, die Jahreszeit zu nutzen und ein „Angrillen“ für die Beschäftigten der Dienststelle zu veranstalten.

Und so lud die vbob Fachgruppe am 2. Juni 2025 zu Grillgut und Getränken auf der Terrasse des Hauses ein. Bei bestem Wetter fanden sich über 100 Gäste ein, welche die Zeit und Gelegenheit nutzten, sich in geselliger Runde auszutauschen. Mit dem Vorsitzenden – Jan Siebert – persönlich am Grill, konnte für das leibliche Wohl aller Gäste gesorgt werden.

Im Austausch mit den bereits in der Dienststelle vertretenen vbob Mitgliedern konnte ebenfalls gute und zielführende Werbung für die Gewerkschaft gemacht und auch zahlreiche Anträge auf Beitritt verteilt werden. Die Resonanz war durchweg positiv; die Laune entsprach dem Wetter. Seitens der Beschäftigten wurde dem vbob für die Mühe gedankt und die Veranstaltung als willkommene Abwechslung begrüßt. Man hofft vielerorts auf eine Wiederholung.

J. Siebert

© FG HSBund

Der Fachgruppenvorsitzende Jan Siebert als Grillmeister

© volff/colnihko – stock.adobe.com

Jubilare

Wir gratulieren …

Ehrung im vbob mit einer Urkunde und der silbernen Ehrennadel

25 -jährige Mitgliedschaft

- **Franz Kuhn**
  vbob Fachgruppe Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (41)
- **Oliver Knerr**
  vbob Fachgruppe Bundeskriminalamt (33)
- **Jürgen Feinhals**
  vbob Fachgruppe Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (05)

Ehrung im vbob mit einer Urkunde

40 -jährige Mitgliedschaft

- **Friedhelm Beimdieck**
  vbob Fachgruppe Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (41)
- **Hildegard Papels**
  vbob Fachgruppe Bundesamt für Verfassungsschutz (23)

Ehrung im vbob mit einer Urkunde und der goldenen Ehrennadel

50 -jährige Mitgliedschaft

- **Peter Burkart**
  vbob Fachgruppe Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat (07)
- **Roland de Fallois**
  vbob Fachgruppe Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (41)

Ehrung im vbob mit einer Urkunde

60 -jährige Mitgliedschaft

- **Walther Kessel**
  vbob Fachgruppe Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (05)
- **Gottfried Schueren**
  vbob Fachgruppe Bundesamt für Verfassungsschutz (23)

Anzeige

Dr. Martin Krumbeck im Interview

Gemeinsam gegen den Schmerz – wir machen den Unterschied

Dr. Krumbeck, wann sollten sich Schmerzpatienten in stationäre Behandlung begeben?

Wenn Schmerzen über Monate und Jahre bestehen, beeinträchtigen sie oft zunehmend den Schlaf, die Stimmung, die Arbeitsfähigkeit und das Familienleben sowie insgesamt die Lebensfreude. Es kommt zu einer Abwärtsspirale. Dann ist es höchste Zeit, dem Schmerz und seinen Folgen multimodal, das heißt mit Hilfe eines Expertenteams aus verschiedenen Fachrichtungen entgegenzutreten. Dies lässt sich ambulant oft schlecht umsetzen. In unserer Schmerzklinik kann man sich ungestört von Alltagsbelastungen ganz auf die eigene Gesundwerdung einlassen. Dies führt zu deutlich besseren Fortschritten.

Bei welchen Krankheitsbildern ist ein Aufenthalt im Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim zielführend?

Sie sind im Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim mit chronischen Schmerzen grundsätzlich gut aufgehoben. Besonders häufig kommen Menschen mit Rückenschmerzen, Kopfschmerzen, CPRS, Fibromyalgie, Nervenschmerzen, aber auch mit stressbedingten Schmerzen zu uns.

Welche Rolle spielt die Psyche bei Schmerzpatienten?

Schmerzen beeinträchtigen automatisch das seelische Wohlbefinden. Zudem sind viele muskuläre Verspannungsschmerzen und z. B. Kopfschmerzen auch stressbedingt. Die Hirnforschung zeigt, dass die Gefühlszentren mit den Schmerzzentren eng verwoben sind. Deshalb ist ein individuell zusammengestelltes Schmerzbewältigungs- und Entspannungstraining integraler Teil unserer multimodalen Schmerztherapie und verbessert die Erfolge der Behandlung erheblich.

Sie behandeln Ihre Patienten im Rahmen der multimodalen Schmerztherapie. Was bedeutet das?

In unserem Zentrum werden Sie von Fachleuten aus den Abteilungen Physiotherapie, Ergotherapie, Schmerzpsychologie und einem interdisziplinären Ärzteteam behandelt. Die Möglichkeit der sozialmedizinischen Beratung und Ernährungsberatung runden unser Angebot ab. Es geht uns immer darum, Sie in allen Aspekten Ihrer Situation, d. h. körperlich, emotional und in Ihrer familiären und beruflichen Situation zu sehen und zu unterstützen. Bei wöchentlichen Therapeutentreffen wird der Behandlungsstand gemeinsam besprochen und das weitere Vorgehen festgelegt.

Aus welchen Gründen verbinden Sie so unterschiedliche Maßnahmen wie Schulmedizin und Naturheilverfahren in einem Konzept?

Nun, gerade bei chronischen Erkrankungen wäre das Ausklammern der naturheilkundlichen Möglichkeiten unklug. Das Zusammenführen beider Behandlungsansätze unter Berücksichtigung der individuellen Erfahrungen und Wünsche der Betroffenen ermöglicht sehr viel bessere Langzeiterfolge.

Warum sollte ich als Privatpatient das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim aufsuchen?

Im Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim widmen wir uns seit über 40 Jahren ausschließlich der Behandlung von chronischen Schmerzerkrankungen und haben so ein sehr umfangreiches und spezialisiertes Behandlungsangebot unter Einbezug von wirksamen schulmedizinischen und naturheilkundlichen Optionen entwickelt. Dabei ist uns wichtig, Sie in Ihren Kompetenzen zu stärken und alle Maßnahmen an Ihren Vorstellungen und Wünschen auszurichten.

Die Erfahrung zeigt, dass durch die stationäre Krankenhausbehandlung auch in relativ kurzen Behandlungszeiten eine grundlegende Veränderung im Krankheitsverlauf erreicht werden kann.

Andererseits können auch längerfristige Behandlungszeiträume über 5 bis 6 Wochen realisiert werden, insbesondere bei stressbedingten Erkrankungen, bei zusätzlichen depressiven Störungen oder Angsterkrankungen und bei hoch chronifizierten Erkrankungen. Dies ist durch die langjährige gute Zusammenarbeit mit Privaten Krankenkassen und Beihilfestellen möglich. Das Vertrauensverhältnis ermöglicht auch in aller Regel reibungslose Abläufe bezüglich Kostenzusagen und Abrechnungen.

Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie
und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-10 · info@schmerzklinik.com

www.schmerzklinik.com

© Björn Wylezich/stock.adobe.com

Kommentierte Pressestimmen

Es war eine harte Nuss – aber nach Warnstreiks und Verhandlungen gab es im April einen Abschluss für den öffentlichen Dienst. Aus Sicht des vbob fehlt aber noch ein entscheidender Schritt: Übertragung des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auf Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie Anwärter.

Beamtenbund fordert von Dobrindt mehr Geld für Beamte

Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich im April nach langen Verhandlungen und einer Schlichtung darauf geeinigt, dass die Beschäftigten von Bund und Kommunen in zwei Stufen mehr Geld bekommen: seit 1. April 2025 drei Prozent, mindestens aber 110 Euro mehr im Monat; Stufe zwei folgt ab 1. Mai 2026 in Höhe von 2,8 Prozent. Die Arbeitszeit soll deutlich flexibler werden.

Der neue Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Volker Geyer, mahnte, wenn der Bund das Ergebnis nicht auf die Beamt*innen übertragen würde, wäre dies ein Novum und ein Vertrauensbruch gegenüber den „Kolleginnen und Kollegen, die diesen Staat am Laufen halten“.
dpa, 24. Juni 2025

dbb kritisiert Appelle zur ÖD-Personalpolitik

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Darin fordert sie umfassende Reformen bei Verwaltung und Nachrichtendiensten. Der dbb kritisiert die darin enthaltenen Vorschläge zur Personalpolitik. „Die Planung des Personalbedarfs zu zentralisieren, ist absolut realitätsfern“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer zu den Vorschlägen der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“.

„Wir begrüßen das überparteiliche Interesse und Engagement für einen leistungsstarken Staat“, erklärte Volker Geyer. Bürgerinnen und Bürger hätten berechtigte Erwartungen an dessen Funktionstüchtigkeit. „Hierzu trägt der Bericht einige interessante Ideen zusammen. Gerade die Forderung nach einer praxistauglicheren Gesetzgebung oder einer besseren Digitalisierung der Verwaltung können wir nur unterstreichen“, so Geyer weiter. Dies entspreche auch den langjährigen Forderungen des dbb.

Staat zu aktuellen Konditionen nicht konkurrenzfähig

Die Vorschläge zur Personalpolitik hingegen kritisiert der dbb. „Dass demografischer Wandel und Pensionierungswellen in den kommenden Jahren ein riesiges Loch in die Personaldecke reißen und schon heute viele Stellen nicht besetzt werden können, ist wirklich nicht neu“, fasst Geyer zusammen. Als Konsequenz daraus formuliere das Papier allerdings nur die allgemeine Aussage, dass der Staat als Arbeitgeber deutlich attraktiver werden müsse. Naheliegende Maßnahmen würden nicht formuliert. „Stattdessen wird vorgeschlagen, dass ‚interne Querwechsler und Seiteneinsteiger von außen‘ eingestellt werden sollen“, so Geyer. Die Möglichkeit habe man aber jetzt schon. Allerdings sei der Staat zu den aktuellen Konditionen auf dem Arbeitsmarkt häufig nicht konkurrenzfähig.

Der dbb wünsche sich daher folgende Ergänzung, die bei Stellenbesetzungen relevant sei: gute Bezahlung und attraktive Arbeitszeitmodelle.

Nicht überzeugend ist aus Sicht des Beamtenbundes auch, dass das neu gegründete Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung eine umfassende Zuständigkeit für Personal erhalten soll und gleichzeitig die Personalkompetenz der Zentralabteilungen in den einzelnen Bundesbehörden eingeschränkt werden soll.

„Die Planung des Personalbedarfs zu zentralisieren, ist absolut realitätsfern und widerspricht dem Ressortprinzip“, sagt Geyer und fragt: „Was soll denn besser werden, wenn etwa die Personalplanung für die Bundespolizei mit über 55 000 Beschäftigten aus dem fachlich zuständigen Bundesinnenministerium in das neue Digitalministerium wandert, dass von den betroffenen Stellen und Tätigkeiten gar keine Ahnung hat?“

Auch das Dienstrecht müsse weiterhin beim Bundesinnenministerium verortet bleiben; eine Verlagerung sei nicht sachgerecht.
Behörden Spiegel, 15. Juli 2025

lb